

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 0.60 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandbindungen und Postüberweisungen durch die Postämter des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 0.50 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einblendung auf Postkonto Leipzig 56383. Kassierer: E. Geiß Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 47

Sonntag, den 22. November 1924

28. Jahrgang

## An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet Ihr an die Wahlurne gerufen. Der Inflationsteufel, eine zu ernster gelehrt-gelehrter Arbeit unfähige Körperlichkeit, ist aufgelöst und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen sandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel mehr als ein schönes Dekorationsstück war, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag ganz etwas anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung und die geschäftsmäßig die Zermürdung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, soviel vom Klassenkampf geredet. Dabei brühen sie eine der wichtigsten Stützen des Klassenkampfes auf den Boden einer Raubaußnahme hinunter, in dem Bestreben, den Reichstag und den Parlamentarismus den Arbeitern zu vererben. Oder ist der Reichstag keine Stütze des Klassenkampfes? Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wilde Lärmjungen aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen Achtstundentag wieder bekommen sollen? Im Reichstag. Wo wird das Arbeitsvertragsgesetz, das Arbeitsvertragsgesetz, die Schlichtungsordnung, das Tarifgesetz gefaßt? Wo wird die Arbeitslosenversicherungsgesetze geschaffen und wo wird die Reichsversicherungsordnung den Verhältnissen angepaßt? Im Reichstag.

Wo allein ist es möglich, das Koalitionsrecht zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? Im Reichstag. Wo wird die Verteilung der Lasten gesetzlich geregelt, die der Dawes-Plan uns gebracht hat? Wo wird über die Zollpolitik entschieden? Im Reichstag. Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, der am 7. Dezember gewählt wird, zu beschäftigen haben.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht auch um euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen Ihr in der Fabrik und in der Werkstatt arbeiten sollt. Es geht um euer tägliches Brot. Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstag gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Kindertrompeten geführt werden, wie es die Kommunisten tun, es gilt ernste sachkundige Arbeit zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder! Es gibt nur eine Partei, auf die in all diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien sind alle mehr oder weniger abhängig von euren Klassengegnern, den Unternehmern. Von ihnen könnt Ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Gerade Ihr habt Gelegenheit, deren Spaltungsarbeit zu beobachten. Sie sind auf ausländischen Befehl hin nichts anderes als die Helfershelfer der Reaktion, die Verderber der Arbeiterklasse.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die euch durch ihre Volksbeauftragten erst das Wahlrecht in Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflußlosigkeit des weiblichen Teils der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen und Ihr, Gewerkschaftsmitglieder, Ihr seid der Vortrupp. Laßt euch nicht einfangen von Schlagworten. Werbt für die Partei ernster proletarischer Arbeit. Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

## Die Mechanisierung der Produktion und ihr Einfluß auf die Arbeiter.

Die Entwicklung der modernen Produktion geht in der Richtung einer stetig fortschreitenden Vereinfachung und Mechanisierung der Arbeitsweise. Wir können sie in allen Industrien beobachten, wenn auch die Entwicklung nicht überall gleich vorgeschritten ist. Das von ihr angestrebte Ziel ist die Ersparung von Arbeitskräften, die Verbilligung der Produktion und die Erhöhung des Profits. Die Verwendung der Maschine zur Kräfteerzeugung, als Antriebsmittel wie zur Bearbeitung und Verarbeitung von Rohstoffen ist heute nahezu allgemein. Dennoch ergeben sich fortgesetzt weitere Anwendungsmöglichkeiten, um die Handarbeit zu verdrängen. Ganz wird das voraussichtlich nie gelingen. Wo aber Massenverzeugung in Betracht kommt, ist die Ausschaltung der Handarbeit nur eine Frage der Zeit.

In der sich vollziehenden Entwicklung lassen sich drei Phasen unterscheiden, die nebeneinander laufen. In der ersten Phase wird die Arbeit an der Maschine im wesentlichen von gelerntem Arbeitern verrichtet. Die Maschine tritt hier an die Stelle des früher von dem Arbeiter verwendeten einfachen Werkzeugs, das in ihr lediglich seine Form geändert hat, nach wie vor aber in ihrer Anwendung Geschicklichkeit und eine gewisse theoretische Schulung erfordert. Beides kann nur in einer längeren sachgemäßen Lehrzeit und Übung erworben werden. Die zweite Phase kennzeichnet sich dadurch, daß die technische Vervollkommenheit der Maschine den gelerntem Arbeiter überflüssig macht, ihre Bedienung nur einige leicht

zu erlernende Handgriffe verlangt, die sich, solange der gleiche Arbeitsgegenstand hergestellt wird, fortgesetzt wiederholen. Hier ist die Arbeit nahezu vollständig entzweit, der Arbeiter zu einem bloßen Anhängel der Maschine, ja geradezu zu ihrem Sklaven geworden. Er hat, wenn sie in Bewegung gesetzt ist, keinen Einfluß mehr auf ihre Tätigkeit, sondern umgekehrt diktiert die Maschine die Tätigkeit des Arbeiters, zwingt ihn, sich fortgesetzt mit ihr zu beschäftigen, sie andauernd mit neuem Arbeitsmaterial zu versorgen. Die dritte Phase endlich bedeutet den Höhepunkt der technischen Entwicklung, der mit der vollständig automatischen Maschine erreicht ist. Bei ihr ist die Handarbeit auf ein Minimum, die Zuführung von Arbeitsmaterial und die Abnahme der fertigen Arbeitsprodukte, reduziert, soweit nicht auch diese Arbeiten automatisch erledigt werden. Die Tätigkeit des Arbeiters beschränkt sich hier lediglich auf die Ueberwachung der Maschine und ihrer einzelnen Teile, von deren richtigen Funktionieren der ungestörte Fortgang des Arbeitsprozesses abhängt. Eine Weiterentwicklung ist nur noch in einer Steigerung der Leistungsfähigkeit dieser Automaten möglich.

Bis zu welcher Höhe die Automatisierung der Industrie bereits fortgeschritten ist, dafür bieten sich zahlreiche Beispiele in den modernen Buchdruckmaschinen, Förderungs- und Transportanlagen, den automatischen Maschinen der Metallindustrie, der Papier- und Holzbearbeitungsbetriebe, der Zigarettenindustrie usw. Diese Entwicklung ist eine zwangsläufige, durch keinerlei Maßnahmen aufzuhalten und läßt sich — wie Direktor Borst von den Robert-Bosch-Werken kürzlich in einem in der Mitgliederversammlung des Verbandes württembergischer Industrieller gehaltenen Vortrage zutreffend ausführt — auf allen Gebieten der Technik durch. Das wird um so mehr und um so schneller geschehen, als die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland wie auf dem Weltmarkt im härtesten Maße darauf hindrängen. Die Wirkungen dieser Entwicklung sind noch nicht abzusehen, besonders für die Arbeiter, die deshalb das größte Interesse daran haben, sie aufmerksam zu verfolgen und sich entsprechend einzurichten. Zu einer optimistischen Beurteilung dieser Entwicklung liegt für sie kein Anlaß vor. Sicher ist, daß die Automatisierung der Industrie ihnen manche Vorteile bringen muß. Daß aber die damit zustande kommende Herrschaft der Maschine über die Arbeiter bei nicht genügender Berücksichtigung dieser Entwicklung ihre Lage verbessern wird, daran ist — solange die Produktionsmittel im Besitz ihrer kapitalistischen Eigentümer verbleiben — nicht zu denken.

Mit der Automatisierung der Industrie geht ein alter Traum der Menschen in Erfüllung. Das von Aristoteles vor 2300 Jahren ausgesprochene Wort wird sich verwirklichen: Wenn jedes Werkzeug auf Befehl oder gar dem Befehl vorkommend seine Aufgabe verrichten könnte, wie jene Bildhauer des Dädalus oder jene Dreifüße des Hephästus, von denen der Dichter erzählt, daß sie von selbst in den Versammlungsraum der Götter liefen, und wenn so auch die Werkbesehler von selbst webten und die Schlegel die Zither von selbst schlugen, so bräuchten die Baumeister keine Handlanger und die Herren keine Sklaven mehr. Zum großen Teil sind diese vorahnenden Worte schon Wahrheit geworden, zum Teil geht sogar das technisch Erreichte weit darüber hinaus. Die Verklammerung der Arbeit hat damit aber nicht ihr Ende gefunden; sie ist sogar in gewissem Umfang gewachsen.

Wir erleben heute, nur in jetzt erheblich erweiterten Ausmaßen genau das gleiche, wie bei Beginn der kapitalistischen Entwicklung. Diese nahm mit der Arbeitsteilung in den Manufakturbetrieben ihren Anfang. Die Arbeitsteilung gestattete, den handwerksmäßig gelernten Arbeiter durch den ungelerten zu ersetzen. Dadurch wurde die Produktion vom Handwerk unabhängig gemacht, die zum jetzigen Produktionsweise durchbrochen, gleich eine wesentliche Beschleunigung und Verbilligung der Produktion eingeleitet. Mit der Erfindung der Dampfmaschine nahm diese Entwicklung ihren Fortgang. Neue gewaltige Kräfte wurden durch sie in den Dienst des Menschen gestellt. Die Anwendung elementarer Kräfte zum Antrieb von Werkzeugmaschinen wirkte revolutionierend auf das gesamte Wirtschaftsleben ein. Immer neue, kompliziertere Maschinen fanden in der Industrie Eingang, die menschliche Arbeit vereinfachend und erleichternd. Eine Besserung der Lage der Arbeiter war damit aber nicht verbunden. Der technische Fortschritt hatte lediglich zur Folge, daß der gelernte Arbeiter durch den ungelerten und schließlich dieser durch die noch billigere und willigere Arbeitskraft von Frauen und Kindern verdrängt wurde. Niemals ist die menschliche Arbeitskraft erbarmungslos und brutaler ausgebeutet worden, als in jener Periode ungeahnter elementarer und technischer Kräfteentfaltung. Diese Ausbeutung fand ihre Einschränkung erst mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Sie allein vermochte einen Aufstieg der Arbeiterklasse zu einer höheren Lebenshaltung herbeizuführen.

Die gleiche Aufgabe fällt der heutigen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gegenüber dem weiteren technischen Fortschritt zu. Es wäre verfehlt, sich diesem entgegenstemmen zu wollen, denn von ihm hängt die endliche Befreiung der Arbeiter von der bestehenden Lohnsklaverei ab. Um dahin zu gelangen, dürfen sie nicht in Gleichgültigkeit dahin leben. Im Gegenteil ist gerade ihre Unzufriedenheit, das Streben nach höherer Lebenshaltung ein den wirtschaftlichen, technischen wie sozialen Fortschritt fördernder Faktor. Allein, zerstückelt, bedeuten sie aber nichts. Nur in der Vereinigung, in der gewerkschaftlichen Organisation bilden sie eine Macht, die den Ausbeutungsbestrebungen des Kapitalismus Widerstand leisten kann. Nur vermittels der Organisation sind sie imstande, sich der vollziehenden wirtschaftlichen und technischen Entwicklung anzupassen, ihre Lebenshaltung zu verbessern, und schließlich den Kapitalismus zu überwinden, der sich ihrem Aufstieg zum freien Menschentum entgegenstellt.

## Neue Straßenprobleme.

II.

Die Zeiten sind vorbei, wo man, wie die alten Römer, Straßenbauten im Ewigkeitsformate ausführte. Die Dauerhaftigkeit der Römerstraßen ist für die damalige Zeit ohne weiteres wirtschaftlich das Vorteilhafteste gewesen, denn an irgendwelche Umwälzungen, die der Straße eine andre Konstruktion geben mußten, war nicht zu denken. Der Verkehr auf der Straße benötigte die gleichen Transportmittel und Formen auf Jahrtausende hinaus. Anders heute! Heute in den Weltkriegen zur technischen Vervollkommenheit der Transportmittel ist es wirtschaftlich ein Unding, Straßen zu bauen, die nur den Erfahrungen eines gewissen Stadiums der technischen Entwicklung Rechnung tragen. Dem Verkehr mit seiner gewaltigen

Entwicklung muß natürlich die Konstruktion der Straße angepaßt sein. Aber noch aus einem weiteren Grunde ist es heute unmöglich, Straßenbauten, die die Lebensdauer der Römerstraßen aufweisen, auszuführen. Und zwar liegen diese Gründe in der rechtlichen und wirtschaftlichen Natur der Straße. Die Straße im heutigen Sinne ist kein Sachgut irgendeines einzelnen Individuums, sondern sie ist Gemeingut im weitesten Sinne. Eigentümer der Straße ist der Staat, die Gemeinde oder eine Verbindung mehrerer Gemeinheitsverbände. In unserer wirtschaftlich so betriebenen Zeit sind nur diejenigen Güter Gemeingüter, die entweder aus wirtschaftlichen Profitgütern sich nicht eignen und die durch das vorhandene Allgemeininteresse an denselben jede private Ausnutzung ausschließen. Ohne weiteres gehört zu diesen Gemeingütern die Straße. Nichtsdestoweniger fordert aber das Allgemeininteresse die Hebung des Straßenwesens im allgemeinen, weil gute Straßen letzten Endes die Vorbedingung zur Erschließung der Bodenschätze jeder Landes- und ihrer Verteilung sind. Der Straßenbau bedeutet also letzten Endes Arbeiten für die Interessen der Allgemeinheit. Die Auftragsgeber des Straßenbaues sind der Staat, die Gemeinden, die Zweckverbände, also die Organe der Allgemeinheit. So gut nun diese Organe von dem Staatsbürger durch Steuern und Abgaben lebensfähig erhalten werden müssen, so gut werden auch die Straßen letzten Endes nur aus den Mitteln dieser Allgemeinheit gebaut werden können. Zwar trifft dies nicht ganz in abstrakter Form zu, aber an dem Grundgedanken ändern Ausnahmen sehr wenig. Straßenbauten werden darum überall entweder aus den laufenden Steuererträgen oder aus Anleihen finanziert. Das letztere ist in gewissem Sinne die übliche Form, soweit größere und weitausgreifende Straßenprojekte oder Straßenerneuerungen in Frage kommen. Nun lehrt die Erfahrung, daß es ein wirtschaftlicher Konfession ist, langfristige Anleihen zu Straßenbauzwecken aufzunehmen. Man würde es nicht verstehen können, wenn beispielsweise zu irgendeinem großen Straßenprojekte eine Gemeinde eine Anleihe mit einer 50jährigen Tilgungsfrist aufnehmen würde. Denn in diesen 50 Jahren hat der Verkehr die Straße vollständig zerstört, so daß nichts mehr von der Straße selbst erhalten ist, außer einzelnen Trümmern. Auch der besten Granitpflasterstraße wird heute bei entsprechendem Verkehr nur eine Höchstlebensdauer von 30 Jahren argerschätzt. Langfristige Anleihen würden also den Gemeinden, die sie zu Straßenbauzwecken begeben, riesige Zinsverluste bringen. Die Zinszahlung müßte auch dann noch fortgesetzt werden, wenn von dem eigentlichen Bauwerke nur noch Ruinen vorhanden sind, oder auf denselben schon wieder eine völlige Erneuerung der Straße erfolgt wäre. Darum werden Anleihen zu Straßenbauzwecken nur in einer Frist begeben, die mit der Lebensdauer der Straße konform geht. Es übernimmt in gewissem Sinne jede Generation die Kosten der Erneuerung und Erhaltung der Straße immer wieder aufs neue jede kommende Generation muß für die Straße ihre Opfer bringen. Die straßenerneuernden Kräfte des modernen Verkehrs sind es darum, die es zur Unmöglichkeit werden lassen, Straßen mit der Lebensdauer der alten Römerstraßen zu erhalten.

Doch sehen wir uns die Zerstörungen, die der moderne Verkehr und die klimatischen und meteorologischen Einflüsse auf die Straße ausüben, etwas näher an. Von altersher sind die schädigenden Gewalten, wie Regen, Wind und Sonne, auf die Straße besannt. Man braucht nur auf einer Malakampfsstraße die Spuren dieser Naturgewalten zu studieren, um die schädliche Wirkung dieser Kräfte zu erkennen. Sonne und Wind trodnen und treiben die Bindemittel des Malakampfs in unabhässigen Staubwolken davon und lodern langsam aber sicher das Gefüge der Steinpflasterbahn. Das Wasser des Regens tut dann das Seine, um diese Zerstörung zu vervollständigen. Besonders in Gebirgs- und Hügelstraßen ist die zerstörende Wirkung des Straßengerades durch das Wasser eine immer wiederkehrende Erscheinung. Neben diesen aber ist die straßenerneuernde Wirkung des Verkehrs die Hauptursache der Herabsetzung der Lebensdauer der Straße. Und zwar ist die Verkehrsdichte hier von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist ein Unterchied, ob eine bestimmte Straße täglich hundert oder täglich tausend Fahrzeuge benötigen. Die Bauart der Transportmittel selbst ist ein Faktor, welches die gleichen Einflüsse hervorbringt. Darum sind in den vorerwähnten Ländern über die Breite der Radspuren gewisse Normen festgesetzt worden, die den Druck der zu transportierenden Last auf einen größeren Teil der Straßenfläche übertragen. Je schmaler das Rad, um so mehr wird die Straße durch den Druck der Last von Wagen und Gütern ungünstig beeinflusst, je breiter das Rad, um so eher kann sich der gleiche Druck von Wagen und Last der Gesamtschuld mitteilen und weniger Schaden anrichten. Doch auch das Maximum der zu transportierenden Lasten beeinflusst in gleicher Weise die Straße. Dort, wo der Lastwagenverkehr vorherrscht, mit seinen gewaltigen Einflüssen auf die Decke der Straße, werden sich die Schäden eher zeigen als dort, wo ein leichter Personwagenverkehr die Regel ist. Letzten Endes aber scheitert die Vergrößerung des Ladegewichts an der gegebenen und nicht zu erhöhenden tierischen Kraft, mit der diese Transportmittel bewegt werden. Anders aber ist es bei der Anwendung motorischer Kräfte zum Straßentransport. Da sind keine Grenzen der Belastung gegeben. Aber auch die Schnelligkeit der Transportmittel tut neben der Belastung das ihre zur Zerstörung der Straße. Der mit tierischer Kraft fortbewegte Wagen hat in der Schnellheitsbewegung wieder die natürliche Grenze, während der mit motorischer Kraft fortbewegte Wagen Schnellheitsgrade erreicht, die den erstern weit, weit hinter sich lassen. Die schädigenden Wirkungen des Kraftwagenverkehrs liegen in erster Linie in der Erhöhung der zu bewegenden Lasten, und dann in der vergrößerten Schnelligkeit. Als besonderes aber kommt noch hinzu, daß durch die Räder des schnellfahrenden Kraftwagens eine Saugerscheinung sich zeigt, die besonders bei Malakampfsstraßen alle farbigen Bindemittel aus ihrem Lager herausreißt und fort-schleudert. Nicht nur allein die Sandbede der Malakampfsstraßen wird durch diese Saugerscheinung des gummiereifen Automobilrades zerstört, sondern ebenso werden die kleinen, durch die Last des Verkehrs zerstörten Steine aus ihrer Lage geschleudert. Die Folge ist, daß ein halbwegs starker Kraftwagenverkehr Malakampfsstraßen in ganz kurzer Zeit völlig zerstört.

Selbstverständlich suchten die Straßenbauer diesen zerstörenden Wirkungen so gut es ging zu begegnen. Die durch Sonne und Wind erzeugte übermäßige Staubbildung wurde durch chemische, ölhaltige flüssige Bindemittel behindert, mit der man die Straßen in gewissen Zeiträumen sprengte. Gegen die Zerstörung der Straße durch Wasser und Regen behilft man sich mit konstruktiven Änderungen in der Straßendecke. Die Belastung der Straße selbst machte die Kenntnis der wirklichen täglichen Lasthöhe, welche sie täglich zu tragen hat, notwendig, um Unterbau der Straße und Straßendecke



Stiefel anzupassen. Verkehrtstellungen führten zu den notwendigen Resultaten, die dann konstitutiv ausgewertet wurden. Nach vorverhältnismäßig kurzer Zeit kümmernten sich nur wenige Straßenbauer um diese Unterlagen. Jetzt aber ist man allgemein dazu übergegangen, diese Verkehrtstellungen und besonders die Belastung der Straße in Rechnung zu stellen. Was vom Anbeginn beim Brückenbau schon die Regel war, das wird jetzt auch auf die Straße angewandt; man erforscht die kommende Belastung der Straße und gibt der Konstruktion die Ausmaße, die dieser Belastung standhalten. Den Verkehrtstellungen der Straßendecke durch die Wirkungen des Kraftwagenverkehrs hat man in der verhältnismäßig kurzen Zeit mit einer großen Anzahl von besonderen Verfahren der Straßendeckenbefestigung zu begegnen gesucht. In ununterbrochener Reihe tauchten Straßendeckungs- und Verfahrnisse auf, die die Straße zeitweilig in eine Probierstation verwandelten. Es seien nur die verschiedensten Straßendeckenbefestigungen aus Zement in allen möglichen Kombinationen mit Stein- und Schlackenmaterial erwähnt, in Plattenform oder im Stampfverfahren hergestellt; weiter die Straßendecken in verschiedenen Verfahren sowie die Befestigung der Straßendecke mit keramischen Erzeugnissen. Einen größeren Umfang haben nur die Zement- und Teer-Maladamstrichen in diesem Wettbewerbe erreichen können. Alles andre verschwand so schnell wie es gekommen ist. Neben dem aber hat das Kleinsplaster, die Erfindung des Bauates Gravenhorst in Stade, alle andern Straßendeckungsmittel, soweit sie als Ersatz der Landstraßendecke dienen sollten, aus dem Felde geschlagen.

Die Straßen der Städte, im Gegensatz zu den Landstraßen, zeigen in gewissem Sinne das gleiche Bild. In den Städten, wo der Verkehr nicht nur in der konzentriertesten Form auftritt, wo die Hauptverkehrsader teilweise gar nicht mehr in der Lage sind, die Hochflur des Verkehrs fassen zu können, bieten sich dem Straßenbauer noch wesentlich andre und größere Probleme zur Bewältigung. Hier ist der Straßenbauer gleichzeitig der Verkehrstechniker, der mit Zukunftsbild die Entwicklung des Verkehrs erfassen und diese den Straßenbau mitteilen muß. Die Hemmnisse, die dem Straßenbau in den Städten, soweit man die Verteilung und Regulierung des Verkehrs im Auge hat, entgegenstehen, sind sehr rohe. Besonders in den schon seit Jahren ausgebauten Teilen der Großstadt ist eine Veränderung der Tracierung der Straße, die der modernen Verkehr erfordert, fast zur Unmöglichkeit geworden. Die Sanierung alter Städte ist letzten Endes fast nur ein Verkehrs- und Straßenproblem. Sie erfordert aber solche Unsummen an Kosten, daß man es verstehen kann, wenn man sich in dieser Hinsicht mit gewissen Notmaßnahmen nur ausstiftet. Anders aber die Behandlung der bestehenden Stadtstraßen. Der riesenhaft angewachsene Verkehr stellt naturgemäß an die Straße die größten Anforderungen. Nicht nur die Dauerhaftigkeit der Straße ist das Moment, das allein zu berücksichtigen ist, sondern hier müssen gleichzeitig die städteplanerischen Interessen in den Vordergrund treten. Die Stadtstraße muß dauerhaft in ihrer Konstruktion, sie muß staubfrei sein und die Straßendecke muß den Verkehrslärm auf ein Minimum herabmindern. Die sich in allen Großstädten vollziehende Citusbildung, die den Stadtkern als Mittelpunkt des Handels, des Verkehrs und der Wirtschaft immer mehr heraushebt und die Wohnquartiere an die Peripherie des Stadtkerns verlegt, fordert unbedingt Straßen, die sich diesen Notwendigkeiten voll anpassen. In Deutschland hat der Asphalt die Innenstraßen der Großstädte endgültig erobert, während das Steinsplaster nach wie vor die großen Ausfalls- und Lastverkehrsstraßen beherrscht. Die Wohnstraßen, die teilweise noch maladamisiert werden, müssen dem Kleinsplaster das Feld räumen. Doch von dem Kleinsplaster soll später noch ausführlich die Rede sein.

### Worauf es ankommt.

Der „kürzere Weg“ des Bauwerksbundes wird recht gewunden. Anstatt unsre in Nummer 44 des „Steinarbeiter“ gestellte offene Anfrage, ob das Selbstbestimmungsrecht eines dem A.D.G.B. angeschlossenen Verbandes auch von den andern Bundesorganisationen anzuerkennen und zu respektieren ist, klipp und klar zu beantworten, verliert sich der „Grundstein“ in allerhand „Feststellungen“ untergeordneter Bedeutung. Wegen ihrer gegenwärtigen und sonstigen Eigenart wollen wir unsern Mitglieðern aber doch von dem Wortlaut Kenntnis geben. „Der Grundstein“ schreibt:

„Nach wiederholten Erklärungen des Vorsitzenden des Steinarbeiterverbandes sind die Steinarbeiter keine Bauarbeiter. Diese Behauptung etwas einschränkend, hat derselbe Vorsitzende erklärt, die an und für Bauten beschäftigten Steinhauer seien so gering an Zahl, daß sie dem Steinarbeiterverband keinen Stempel aufdrücken könnten. Weiter wird fortgesetzt vom Vorstand des Steinarbeiterverbandes erklärt, der Steinarbeiterverband sei schon für sich ein Industrieverband.“

Das stimmt. Doch nicht darauf kommt es an, ob und in welchem Umfang die Steinarbeiter und Steinhauer Bauarbeiter sind, sondern ob sie ihre organisatorische Selbstständigkeit zugunsten des Bauwerksbundes aufgeben wollen, und das haben

bestimmte Gruppen, die eine durch Verbandsratsbeschlüsse, die andre durch Abstimmung mit annähernder Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Doch was schreibt der „Grundstein“ weiter? „Alle drei Erklärungen sind sehr spähhaft. Der Steinarbeiterverband ist weder ein Industrieverband für die Steinbearbeitung noch für das viel größere Gebiet der Steine und Erden. Er kann es aber auch nicht werden! Es sei denn, daß sich der Bauwerksbund auflöse und nicht nur alle Bruch- und Werksteinmänner, sondern auch die Backsteinmänner dem Steinarbeiterverband zuführen. Denn was sind die Maurer der größten Mehrzahl nach anders als Steinarbeiter! Auch die Mehrzahl der Dachdecker und noch verschiedene andre Gruppen, die zum Bau zählen, müßten zum Steinarbeiterverband stoßen, um ihm die Berechtigung auf den Namen eines Industrieverbandes zu geben. Daß aber eine solche Umgruppierung ausgeschlossen ist, werden wohl die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes samt ihrem Vorstande einsehen müssen. Nur umgekehrt kann ein vernünftiges Werk entstehen: Kannst du ein Ganzes nicht sein, schließ als dienendes Glied dem Ganzen dich an! Das Ganze ist in diesem Falle der Bauwerksbund.“

Wenn etwas „spähhaft“ erscheinen könnte, so sind es diese Auslassungen. Soviel Worte, soviel Unsinn. Wir halten im Einverständnis mit den Verbandsmitgliedern an folgendem fest:

1. Der Steinarbeiterverband ist eine Industrieorganisation, denn er umfaßt alle Berufe der weitverzweigten Steinindustrie. Er ist eine Industrieorganisation im Sinne des Holz- und Metallarbeiterverbandes.
2. Sich auf das Gebiet der Erden auszudehnen hat der Steinarbeiterverband noch nicht beabsichtigt, dieses kommt also als Streitobjekt gar nicht in Frage. Noch weniger kommen die Maurer und Dachdecker in Betracht, mit denen wir nicht die geringsten Differenzen haben. Es wird uns hier etwas unterzogen, was jeder Grundfrage entbehrt. Wir fordern keine Umgruppierung zu unsern Gunsten, sondern die Anerkennung unsres in natürlicher Entwicklung gewordenen Industrieverbandes. Ein „vernünftiges Werk“ kann nicht durch Zwang entstehen und gedeihen, sondern es muß durch die freiwillige Mitarbeit aller Beteiligten getragen werden.

Den Steinsehern widmet der „Grundstein“ ein längeres Kapitel. Er schreibt u. a.: „Auf diese Arbeitergruppe — auf diese Bauarbeiter — erhebt nun der Steinarbeiterverband Anspruch. Der Steinarbeiterverband, der keine Bauarbeiterorganisation sein will. Es ist zum Lachen! Der Steinarbeiterverband könnte allerdings eine Entscheidung für sich geltend machen, er könnte sagen, die Steinseher haben sich uns aufgedrängt, sie haben durch Abstimmung mit Mehrheit beschlossen, sich dem Steinarbeiterverband und nicht dem Bauwerksbund anzuschließen. Das will aber der Steinarbeiterverband beileibe nicht; er ist mit starkem Willen darauf ausgegangen, sich diesen Fremdkörper einzuzueisen. Fremdkörper, weil die Steinseher und was dem anhängt, Bauarbeiter sind, während der Steinarbeiterverband keine Bauarbeiterorganisation sein will.“

Der „Grundstein“ müßte wissen: Ueber den Anschluß der Steinseher hatte weder der Bauwerksbund noch der Steinarbeiterverband zu entscheiden, sondern die Steinseher selber. Und diese haben sich nun einmal in ihrer großen Mehrheit für den Steinarbeiterverband entschieden. Daß trotzdem der Bauwerksbund Anspruch auf sie erhebt, ist nicht zum Lachen, sondern es ist äußerst verwerflich. Was der Bauwerksbund für das engere Baugewerbe erstrebt, das ist im Steinarbeiterverbande bezüglich der Gewinnung, Bearbeitung und weiterer Verwendung der Pflastersteine bereits durchgeführt.

„Ist ein Ganzes dir bekannt, Stör es nicht mit freier Hand.“

Das Ganze ist in diesem Falle der Steinarbeiterverband!

Der Schluß des Grundsteinartikels bekennnt sich offen zur gewerkschaftlichen Freiheit. Er lautet: „Hieraus hat der Bauwerksbund die Konsequenz gezogen und die Steinseher in sich aufgenommen, die sich offen zum Bau bekannt haben. Und für den Uebertritt aller Bauarbeiter, die noch im Steinarbeiterverband und in andern Verbänden sind — für den Uebertritt dieser Arbeiter in den Deutschen Bauwerksbund werden wir werben.“

Wenn der Bauwerksbund schreibt, daß er die Steinseher aufgenommen hat, die sich offen zum Bau bekannt haben, so ist das weiter nichts als die Bemäntelung und Dedung eines groben Disziplinbruchs. Er hat diejenigen nicht nur mit Freuden aufgenommen, die sich dem Abstimmungsresultat des ehemaligen Steinseherverbandes nicht gefügt haben, sondern er hat sie ausdrücklich zum Disziplinbruch aufgefordert. Für eine solche Handlungsweise haben wir und sicherlich auch andre nun einmal nicht das besangene Verständnis wie die Verantwortlichen im Bauwerksbund, und wir werden es auch niemals erringen, trotz aller

politischen und gewerkschaftlich abtarnen Bemäntelungen. Die in der Streitsache von jener Seite beliebt werden.

Gegen den Uebertritt etwaiger Bauarbeiter (Bauarbeiter im Sinne des früheren Bauarbeiterverbandes) zu ihrer zuständigen Organisation, dem Bauwerksbund, haben wir selbstverständlich nichts einzuwenden. Solche dürften sich jedoch schwerlich in unremten Verbände befinden. Die Ausdehnung des Bauwerksbundes auf die Steinindustrie geschieht widerrechtlich und wird von uns nach wie vor energisch bekämpft. Es würde in seinem und in unserem Interesse liegen, wenn der Bauwerksbund seinen Mitgliedschwund durch Agitation unter seinen eigenen Berufsgenossen wieder weitmachte.

### Was bedeuten die Reichstagswahlen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Große außen- und innenpolitische Entscheidungen hängen vom Ausgang der Wahlen ab. Außenpolitisch geht es um die friedliche Lösung der Reparationsfrage, innenpolitisch um die Republik. Die überragende Bedeutung des Wahlausganges am Scheideweg der deutschen Politik zwischen Krieg oder Frieden, Monarchie oder Republik darf aber nicht die ungeheure Wichtigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen verbunkeln. Je größer die Notlage des Landes, um so mehr fühlen die einzelnen Volksklassen die Eingriffe des Staates, um so wichtiger ist es, wie diese ausfallen. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens stehen grundlegende Veränderungen bevor, deren Richtung vielfach vom Ausgang der Wahlen bestimmt sein wird.

Für die Produktions- und Preispolitik heißt es: Soll das Monopolkapital, sollen die Truste und Kartelle unbehindert und ohne Kontrolle schalten und walten? Ein gewaltiger Zug zur Kartellierung hat schon neu begonnen, neue Kartelle in der Schwerindustrie, in der Gemischen und der Textilindustrie sind im Entstehen begriffen. Ihr Zweck ist: geregelte Produktionseinschränkung und Ausschaltung der Preis Konkurrenz. Soll das Monopolkapital die Preise willkürlich diktiert? Betriebsstillegungen nach Belieben durchführen? Die Rechtsparteien als Vertreter des Kapitals werden dies nicht hindern. Zur Verbilligung der Lebenshaltung sind unter anderem Förderung der Einfuhr lebensnotwendiger Waren mit staatlicher Unterstützung, Förderung der Genossenschaften und gemeinwirtschaftlicher Anstalten jeglicher Art nötig — welche Partei vertritt denn diese Forderungen? In enger Verbindung mit der Produktionspolitik kommt es bei der Handelspolitik darauf an, ob sie die Lebenshaltung im Inland und die Ausfuhr am Weltmarkt zu erleichtern vermag. Die Agrarzölle würden diese Hoffnungen zerrümmern, und nicht weniger die hohen Industriezölle. Sie würden die Lebenshaltungskosten erhöhen, die Volksgesundheit untergraben, die Produktionskosten steigern und das Ausland zu Gegenmaßnahmen veranlassen, die der deutschen Ausfuhr abträglich sind. Sie gefährden den wirtschaftlichen Frieden und die Zusammenarbeit der Völker. Eine Rechtsregierung würde aber den Hochzoll einführen — sie würde den Interessen der Volksgemeinschaft und der Volkswirtschaft die einzelner mächtiger Gruppen vorziehen.

Im Geld- und Kreditwesen tut die Verhütung der Inflation und der Abbau der enormen Bankzinsen not. Wird die Leitung der Reichsbank gegenüber einseitigen landwirtschaftlichen Ansprüchen weiter Festigkeit bezeugen? Die Regierung der Deutschen nationalen würde versuchen, die Reichsbank zu einer gefährlichen Inflation zugunsten des Großgrundbesitzes zu treiben. Der Staat könnte auf mannigfache Weise — durch Einflussnahme auf die Reichsbank, durch Steuerpolitik und schließlich mit noch energischeren Mitteln — die Banken zur Verfolgung einer vernünftigen Zinspolitik zwingen. Welche Parteien werden sich dieser Aufgabe unterziehen? Die Aufwertungsfrage ist noch ungeklärt; wer soll die Wertteile der Aufwertung haben: der Kleinrentner oder die Reichen? Die bürgerlichen Parteien möchten sie den Starke, die Sozialdemokratie den Schwachen zuschlagen.

In der Finanzpolitik harret das Problem der Lastenverteilung der Lösung. Die Steuererhebung ist für die Lebenshaltung der großen Massen, darüber hinaus für die Produktions- und Konsumpolitik von der größten Bedeutung. Vom Ausgang der Wahlen hängt es ab, ob das gegenwärtige ungerechte Steuersystem, das die Staatseinkommen überwiegend aus Verbrauchs-, Verkehrs- und Lohnsteuern aufbringt, beibehalten, ja zum Schaden der Bevölkerung verhärtet wird, oder ob es einem andern, das die großen Profite, das Vermögen, die Erbschaft, den Wertzuwachs des Bodens, die Grundrente zur Steuerleistung heranzieht, Platz machen soll.

Die Richtung der künftigen Sozialpolitik wird von den kommenden Wahlen entscheidend beeinflusst. An der Spitze steht das Problem des Achtstundentages. Die Wahlen gelten der Mitroberung dieser großen Erwerbschaft der Nachkriegszeit. Aber auch die übrigen sozialpolitischen Tagesfragen werden je nach dem Ausgang der Wahlen beantwortet werden. Können die Unternehmer ihre begonnenen oder geplanten Anariffe gegen Tarif-

### Gesteine.

Eine Gedankenreihe von Max Dorn.

Ihr fragt mich, warum der Stein weiblich sei? Weil er das Feuer der Geburt in sich trägt. Im Anfang war das Feuer!

Die Dome erbauten sich aus Gestein. Gott kennt kein Feuer. Die Menschen sahen immer nur die Schale.

Jede Gesteinsmauer ist die Grenze einer umzirkelten Welt. Unsichtbare Feuerringe!

Die Sonne vergißt ihre Kinder nicht, jeden Gesteinsfunken liebt sie.

Der echte Mensch liebt den Stein als seinen Bruder, der unechte Mensch sieht im Stein nur den Stein.

Die Herrschaften mit den feineren Fragen könnt ihr klopfen wie ihr wollt, nicht einen einzigen Funken geben sie von sich.

Die Steinbildner der Könige sind leblos, sie haben kein Herz. Jedes Kriegsende lebt, als flammender Zorn.

Warum fürchtet ihr euch vor Skeletten? Wohnen wir doch alle in Steinbletten. Und in euch selbst wohnt auch ein Skelett.

Der Gesteinschlagel und der Meißel reden unvergängliche Worte. Die Pyramiden!

Der Steinmetz adert mit dem Pfluge Schlegel. Kalkstein ist der Ritt des Naturgottes. Zelle baut sich an Zelle.

Die Großstadt!

Wer den Granit bearbeitet, bearbeitet das Antlitz Gottes. Die strahlende Ewigkeit!

Kunststein ist ne Großstadtdirne. Groß! marmorne Aphrodite. Der Grieche dachte in Stein. Der Römer fühlte steinern. Der kostbarste Edelstein ist der Kalkstein.

Am Horizont des Morgens strahlt jonniger Frühglanz, jeder Stein regt sich und horcht.

Der Baum lebt vom Stein. Erde ist zerriebenes Gestein. Ich grüße dich, Stein Mensch! Versteht ihr nun meine Liebe?

Die Amazone Sonne reitet auf steinernen Löwen, die goldenen Funken stieben.

In den Steinbrüchen wohnen die schweigendsten Geister, wenn man sie verwundet: schreien sie!

Das Höchste auf der Erde ist der Stein. Mount Everest! Verwechselt mir nicht den Feuerstein mit den feineren Professore!

Der Basaltuff ist in der Steinfamilie das Moos. Der Blaubasalt ist immer von der nordischen See. Brunhild auf Island, der blaue Palast. Fahre, fahre, o Wikinger!

Im Marmor schläft die Schönheit des Weibes. Marmor sitzt auch an den Bäumen, die Krystalle des herbstlichen Reifs.

Ich sah einen aufgelassenen Steinbruch. Und ich hörte den Schmerzensschrei toter Sklaven. Die Antike.

Das Mittelalter glaubte in Stein. Die Gotik! Die Reuzzeit schwingt im Stein. Kühnste Brücken! Die Steinarbeiter sind wie die Dichter, sie sind immer dem Herzen Gottes am nächsten. O heiliger Funke im Stein! Unsere letzte Liebe gift dem Stein. Unsern ewigen Schlaf schlafen wir unter dem Herzen eines stillen Grabsteines. Monarchen trugen Edelsteine auf ihren Kronen. Sie hätten alte Mühlsteine um ihren Hals verdient. Nun laßt mich schweigen wie den Stein, mein Feuer brennt weiter.

### Ueberblick der Baustile.

Ägypten: Pyramiden 4000—3000 v. Chr. Blütezeit 1400—1200 v. Chr. Theben, Memphis, Sdfu, Verfall 670 v. Chr.

Babylonien: Blüte bis zirka 1000 v. Chr. Babylon.

Asien: Blüte bis zirka 600 v. Chr. Ninive, Khorasabad.

Persien: Blüte bis zirka 330 v. Chr. Persepolis.

Palästina und Phönizien: Um zirka 1000—200 v. Chr. Unselbständige Entlehnungen von den Vorgenannten.

Belasger: Blüte um 1500 v. Chr. Mytenä.

Griechenland: Dorisch: zirka 1000 v. Chr. Athen, Pästum, Selinunt. Ionisch: zirka 600 v. Chr. Athen usw. Korinthisch: zirka 450 v. Chr. Athen, Agrigent usw.

Strurien: zirka 700 v. Chr. Tusulum, Volterra, Perugia.

Rom: zirka 300 v. Chr. Einfluß etruscher Bauten; zirka 150 v. Chr. Einfluß griechischer Bauten. Erste Glanzperiode, unter Kaiser Augustus; zweite, bis Hadrian; Verfall, von Hadrian bis zum Untergang der Antike.

Christlich: Basilika, 4. Jahrhundert.

Byzantinisch: 5. und 6. Jahrhundert. Ravenna, Konstantinopel.

Germanisch: 5. und 6. Jahrhundert. Ravenna, Turin, Triet.

Mohamedanisch: 7. Jahrhundert. Kairo.

Maurisch-sarazenisch: 8.—14. Jahrhundert. Kordova, Palermo, Sevilla, Granada.

Normanisch: 9.—11. Jahrhundert. Rouen, England, Schottland, Skandinavien.

Romanisch: 11.—13. Jahrhundert. Italien, Deutschland, England.

Gotisch: 13.—16. Jahrhundert. Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, England, Skandinavien.

Renaissance: Italien, Frührenaissance 1420—1500. Hochrenaissance 1500—1586. Frankreich, 1520—1650. Deutschland, 1523—1660. England, 17. und 18. Jahrhundert. Spanien, 1560—18. Jahrhundert.

Barock: Italien, 1580—1800. Frankreich, 1650—1710. Deutschland, 1660—1720.

Rokoko: Frankreich, 1720—1780. Deutschland, 1720—1770.

Zopffstil: Frankreich, 1760—1804. Deutschland, 1770—1806.

Empire: Frankreich, 1804—1816. Deutschland, 1806—1820.

Biedermeierstil: Deutschland, 1820—1850, in der bürgerlichen Baukunst.

Maximilians (Kompromiß) stil: (München) 1850—1865.

Zugendstil: 1890—1904.

Secessionsstil: Gegenwart.

Alt-Indischer Stil: zirka 250 v. Chr. bis 12. Jahrhundert n. Chr. Sanchi, Ellora, Dshaganat, Ceylon.

Neu-Indischer Stil: 13.—18. Jahrhundert. Blütezeit 16.—17. Jahrhundert. Delhi, Agra usw.

Mexikanischer Stil: zirka 600 v. Chr. bis 16. Jahrhundert n. Chr.

Buddhistischer Stil in China und Japan: 6. Jahrhundert v. Chr. bis zur Gegenwart.

### Die alte Kunst.

Mit langen Stiefeln tadellos, Dazu die weiße Hose, Den langen Rod mit Faltensohn, Das war die ganze Chose.

Und den Zylinder led aufs Ohr, So walzte einst hinaus zum Tor Der Steinmetz von der alten Kunst Ins Land hinein auf blauen Dunst.

Da gab's noch keine Autofahrt, Es ging auf Schuftern Rappen. Oft ward beim Bauern zugefragt Um einen guten Happen.

Mit dem „Erflüer“ in der Hand Durchs Aerte so das ganze Land Der Steinmetz von der alten Kunst Durch Dorf und Stadt auf blauen Dunst.

Jenny Horn.



Vertrag und Betriebsräte unter dem Schutz des Staates forschten, oder aber wird der Staat diesen Bestrebungen Einhalt gebieten? Die Sabotage gegen die Tarifverträge und Schlichtungsorgane, die neuerdings aufgetretene Bezeichnung des Wirkungskreises für die Betriebsräte gehören in dieses Gebiet. Soll der Reichswirtschaftsrat beibehalten oder, wie es die Unternehmer haben möchten, weiter abgebaut werden? Soll der Wohnungsnot abgeholfen werden und auf welche Weise: durch Privatbauten, wozu der Staat Privatkapitalisten Rieseengelder in den Schoß wirft, oder durch die Gemeinden? Soll die Arbeitslosenfürsorge entwickelt, ihre heute so kärglichen Leistungen erhöht, oder wie die Unternehmer es wünschen, abgebaut werden? Dieselbe Frage muß auch in bezug auf die übrigen Zweige der Sozialversicherung, der Invaliden- und Altersversicherung gestellt werden, die auf Grund der Selbstverwaltung der Beteiligten neu organisiert werden sollen.

Wir sehen: nicht nur auf dem Gebiet der inneren und äußeren Politik, sondern auch auf dem der Produktions-, Preis- und Handelspolitik, des Geld- und Kreditwesens, der Finanzpolitik und der Sozialpolitik gehen die Wege weit auseinander, und es hängt vom Ergebnis der Wahl ab, welche von ihnen eingeschlagen werden.

### Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streik in Steingewinnung und Bearbeitung. Leipzig (Marmor). — Eigershausen (Pflastersteinarbeiter im Kasseler Städtischen Luststeinbruch).

Im Straßenbau: In Belsch, Zeitz, Merseburg, Halle, Erfurt.

Gesperit. In Friedberg (Hessen) Plag der Firma Damm, Freiburg a. d. Aargau für Steinmehlen. In Wilm b. Bremen Firma Brühse. In Buchenau die Eisfelder Steinwerke. In Karlsruhe die Grabsteinbetriebe, die den durch Schiedspruch festgesetzten Stundenlohn nicht bezahlen. In Naumburg, Plag Horn.

Zugzug fernhalten: Außer den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind, von Naumburg im Margtal (Schwarzwald). Es kommen hier die Betriebe der nachstehenden Firmen in Frage: Meier, Geiser und Trentini. Aus dem Ruhrkohlen-Schichtgebiet, von Wensa und Umgebung (die Lohnverhandlungen haben bisher zu keiner Verständigung geführt). Von Wien (Osterr.) Mafaberbildhauer und Kunstkeramische Arbeiter. Von Ludwigshafen (Steinmehlen und Marmorarbeiten). Von Steinheim nach Thüringen und Regierungsbezirk Erfurt. Von Marmorarbeitern nach Kiel b. Basel (Firma Caoni).

Erliebte Bewegungen. Streik in Mainz durch Vergleich; der Steinmehlen in Köln (Kunststein). Erfolg: 130 Mk. Stundenlohn.

Steinarbeiterverband ab 1. Januar 1925. Von Nr. 1 ab des kommenden Jahres wird „Der Steinarbeiter“ wieder in alter Weise den Zahlstellen direkt übermittelt. Wir verweisen dabei nochmals auf die Bekanntmachung auf Seite 4 dieser Nummer. Eine ziemliche Anzahl von Adressen steht noch aus, die Zahlstellen vorstände werden deshalb dringend ersucht, etwa Versäumtes bis Monatschluß nachzuholen, es braucht durchaus nicht immer bis zum äußersten Termin gewartet zu werden. Wenn nun in der Bekanntmachung auf Teilendungen hingewiesen wird, so ist darunter etwa nicht zu verstehen, daß nun Einzelsendungen an das Einzelmittglied erfolgen. Einige Orte haben das allerdings so aufgefaßt und senden nun lauter Einzeladressen. Das ist nirgendwo bekanntgemacht und geht auch nicht aus der alten Gepflogenheit hervor.

An die Schriftführer in den Zahlstellen muß erneut das dringende Ersuchen gestellt werden, ihre Berichte nicht zu flüchtig aufs Papier zu werfen. Vor allen Dingen müssen Personennamen unbedingt deutlich und leserlich geschrieben werden. Zum Namen und Nachschlagen in den Organisationslisten hat der Redakteur keine Zeit. Jeder Schriftführer sollte sich befeißigen, seine Berichte möglichst druckfertig zu schreiben. Das heißt: nur eine Seite schreiben, nicht mit Blei- oder Tintenstift, sondern mit Tinte. Die Zeilen nicht so eng und dann mit den Hieroglyphen bedecken, wie in der Schule gelernt. Nicht schreiben: g e t e r n o d e r h e u t e, sondern das Datum, Berichte, die vom Schriftführer erst nach 2, 3, 4 Wochen eingelangt werden, sind veraltet und können von der Redaktion durch sofortigen Abdruck nicht aktuell aufgeführt werden. Bemerkungen wie: „ungefähr aufgenommen“ sind überflüssig, denn der Redakteur fürzt nur, was für die Allgemeinheit nicht von Belang ist, oder was im Bericht unklar ist. Mit den Berichten soll und darf kein Schriftführer warten bis zum Sonntag, wo er schreibt und dann bemerkt: „Unbedeutend in nächster Nummer“. Solche Berichte treffen erst günstigstenfalls am Montag in der Redaktion ein. Am Montag, wo Blattschluß ist, können nur noch kurze, wichtige Notizen (Streik, Inzerate) aufgenommen werden; längere Abhandlungen nicht, weil bereits am Freitag und Sonnabend mit dem Satz begonnen und die Disposition für den Raum getroffen wird. — Das sind alles längst bekanntgemachte Voraussetzungen für die Mitarbeit am „Steinarbeiter“. Doch beachtet werden sie wenig. Die Redaktion ersucht um bessere Beachtung des Vorstehenden.

### Steinmehlen und Pflasterer.

Danzig. Am Mittwoch, dem 30. Oktober, tagte eine besondere Versammlung der Steinmehlen, zu welcher der Gauleiter anwesend war. Diese hätte besser besucht sein können. Kollege Schenke hielt ein Referat über „Gewerkschaftliche, politische und Wirtschaftsfragen“, in dem er besonders auf letztere ausgiebig einging. In der Diskussion nahm Kollege Seifert zu den aufgeworfenen Fragen Stellung und drückte den Wunsch aus, den Gauleiter öfter in Danzig zu sehen. Am gleichen Tage fand eine Jagdgruppenversammlung der Steinmehlen statt, in welcher Kollege Schenke Bericht von den stattgefundenen Lohnverhandlungen erstattete. Der Gauleiter und Kollege Seifert empfahlen die getroffenen Abmachungen zur Annahme. Angesichts der Sachlage wurde beschlossen, die Entscheidung in einer späteren Versammlung zu treffen.

Bezirkskonferenz des Tarifbezirks Vorpommern und Rügen am 2. November 1924 zu Stralsund. Es erschienen waren Gauleiter Gödemeyer und Vertreter von den Filialen Stralsund, Greifswald, Demmin und Bergen a. Rügen. Der Bezirksobmann, Kollege Hagemann (Greifswald) eröffnete die Konferenz und gab folgende Tagesordnung bekannt: Bericht des Gauleiters und des Bezirksobmannes. — Tarif und Lohnangelegenheiten. — Gewerkschafts- und Bezirksangelegenheiten. Gauleiter Gödemeyer wies im 1. Punkt auf die Konjunkturverhältnisse des Gewerbes hin und gab allgemein eine Uebersicht über die Lohn- und Tarifpolitik. Er stellte fest, daß im großen und ganzen unsere Löhne über denen der Bauarbeiter ständen. Da wir aber noch nicht die Löhne in der Kaufkraft der Vorkriegszeit hätten, müße alles versucht werden, diese zu erlangen. Die Inflation wäre behoben und so wird der wirtschaftliche Aufstieg, wenn auch langsam, uns eine bessere Konjunktur schaffen, die Konjunktur wiederum bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Auf unsern Bezirk hinweisend seien die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse im Straßenbauwerke intakt geblieben, während es in der Granitindustrie Rommers nicht so aussehe. Es sei die höchste Zeit, daß sich die Kollegen in der Granitindustrie wieder fester zusammenschließen. Die Ausführungen unsres Bezirksobmannes deckten sich im allgemeinen mit denen des Gauleiters. Im Punkt 2 kritisierte Gauleiter Gödemeyer das im April ohne sein Beifall abgeschlossene Lohnabkommen insofern, daß die Lohnspannen einzelner Berufsgruppen eine zu große geworden war und daß auch die Wohlfahrtseinrichtungen geändert seien. Weiter teilte selbiger mit, daß der Tarif im Steinmehlgewerbe von den Arbeitgebern gekündigt sei und am 31. Dezember 1924 ablaufe; daß er weiter den Arbeitgebern der Granitindustrie vorgeschlagen habe, einen Vertrag abzuschließen, was jedoch von den Herren abschlägig beschieden sei. Kollege Watterstahl (Stralsund) war der Ansicht, daß in der Steinverarbeitungsbranche erst die Unterlagen vorliegen müssen, um

Forderungen für den neuen Tarifabschluß aufstellen zu können. Wie uns von Arbeitgebern mitgeteilt wurde, sollen dann im Januar die neuen Verhandlungen stattfinden, doch nicht ohne den Gauleiter, da es das Prinzip der Arbeitgeber schon lange ist, ohne Gauleiter zu verhandeln. Zum 3. Punkt führte der frühere Bezirksobmann Kollege Leesch aus, daß er gezwungen wurde, im Oktober vorigen Jahres die Bezirksleitung zu übernehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die uns die Inflation gebracht hat, müssen unbedingt behoben werden. Die Fühlungnahme mit jeder Filiale unsres Bezirks sei notwendig. Die Gelder der Wohlfahrtseinrichtungen wurden vom Kollegen Leesch durch Kollegen Hagemann dem Bezirk überwiesen. Ueber die Einführung der Unterstützungsätze besonders der Krankenunterstützung wurde lange diskutiert, wobei verschiedene Ansichten zur Sprache traten. Weiter ver sprach Gauleiter Gödemeyer, sobald wie möglich eine mehrtägige Agitationstour im Bezirk zu machen für die Steinmehlen und Steinschläger. Als Bezirksobmann wurde Kollege Franz Szangulies, Stralsund, Hainholzstraße 18, gewählt, der auch die Bezirkskassiererei verwaltet. Als Schriftführer Kollege Leesch. Die Lohnkommission besteht wie bisher aus den Kollegen Szangulies, Hagemann (Greifswald), Obst (Demmin). Nach kleinen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Konferenz mit einem: „Friede ans Werk!“

### Steinarbeiter.

Magdeburg. Am 30. Oktober fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Schmitt gab den Kassenericht vom 8. Quartal 1924. Die Kasse wurde in bester Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Schmitt berichtete nunmehr über die schon seit August eingeleitete Lohnbewegung. Auch hier im Ballastlagergebiet setzte Anfang d. J. der Kampf der Unternehmer zur Verminderung des Lohnanteils der Steinarbeiter ein. Der Zeitpunkt, in der die Steinarbeiter vollständig verarmt und nebenbei unter großer Arbeitslosigkeit litten, schien dem hiesigen Unternehmerium als der günstigste. Schon am 31. Dezember 1923 kündigte der Arbeitgeberverband der Steinindustrie von Magdeburg und Umgebung den Tarifvertrag Nr. 5 vom 1. April 1917 und beantragte die Wiedereinführung des Tarifvertrages Nr. 4 vom 19. Mai 1913. Und wirklich, der Vorstoß ist dem Arbeitgeberverband

## Geistesbildung.

Besüder, strebt den Geist zu bilden,  
denn auch Wissen ist hier Macht,  
führt empor zu Lichtgebilden,  
aus des Zweifels düsterer Nacht.

Wissen hebt die Kraft und stärkt  
dein Gemüt, daß es gedeiht,  
hilft, wenn Not und Leid dich quälet,  
daß du mannhaft bleibst im Streit.

Wissen ist die beste Waffe,  
Wissen ist das beste Gut,  
daß dein Kämpfen nicht erschlafe  
gegen Trug und Uebermut.

Ludwig Lintner, Marmorarbeiter.

geglückt. Am 23. Januar d. J. fällt das Tarifamt der Magener Steinindustrie einen Schiedspruch, der der Steinarbeiterschaft große Verschlechterungen brachte. Und zwar wurde für die Affordarbeiter der von den Arbeitgebern gewünschte Tarifvertrag 4 an Stelle des Tarifvertrages Nr. 5 eingeführt und das Ausschlagen der Wertsteine, welches im Zeitlohn erfolgte, beseitigt, so daß eine Verschlechterung des Lohnanteils mit 35 bis 40 Prozent eingetreten ist. Die Arbeiter haben nun unter dem Zwang der damaligen Verhältnisse den Schiedspruch angenommen. Es steht jedoch einwandfrei fest, daß die Steinarbeiter in ihrer Gesamtheit mit einer baldigen, den Verhältnissen entsprechenden Aufbesserung der Löhne gerechnet hatten, zumal die Arbeitgeber dies ausdrücklich versprochen haben. Aber weit gefehlt. Und nicht einmal die sich schon seit Monaten in recht unliebsamer Weise für die Arbeiterschaft bemerkbar machende Preissteigerung auf alle Lebensmittel und Bezugsgegenstände können die Arbeitgeber zur Einlösung ihres damaligen Versprechens bewegen. So stieg zum Beispiel der Brotpreis um 50 und der Kartoffelpreis um 100 Prozent in kurzer Zeit. Um hinsichtlich dieser Teuerung einen Ausgleich zu schaffen, wurde unter dem 22. August 1924 dem Arbeitgeberverband der Steinindustrie eine Forderung unterbreitet, in welcher die Wiedereinführung des Tarifvertrages Nr. 5 für Affordarbeiter und 20 Prozent Lohnerhöhung für die Zeitlohnarbeiter beantragt wurde. Die am 9. September stattgefundenen Verhandlungen wurden auf den 18. September vertagt und leitens der Arbeitgebervertreter erklärt, daß am 18. September sicherlich eine Einigung stattfinden würde. Doch wie sah diese Einigung aus? In dieser Verhandlung lehnten die Unternehmervertreter jedwede Lohnerhöhung ab und erklärten, daß sie nicht diejenige sein wollten, die von der Regierung geplanten Preisabbaumaßnahmen durch Bewilligung von Lohnerhöhungen zu gefährden. (Diese Begründung ist göttlich. Red.) Wie aber erst dieser Preisabbau aussieht, hat die Arbeiterschaft an ihrem eigenen Leibe zu Genüge erfahren. Ja, wo bleibt der Preisabbau? Die Arbeiterschaft hört dauernd davon und kündigt die Regierung neuerdings wieder Maßnahmen an, aber unsre Frauen und Mütter und die alle Woche unzulänglicher werdenden Geldmittel wissen uns etwas anderes zu erzählen. Die Industrie, Handel und Landwirtschaft haben diese Regierungsmaßnahmen, Herabsetzung der Kohlenpreise, Ermäßigung der Frachten und so weiter, die die Voraussetzungen für einen allgemeinen Preisabbau schaffen sollten, durch eine neue Preissteigerung aller Bedarfsgegenstände sabotiert. Am 24. September tagte das Tarifamt in Magdeburg unter dem Vorsitz eines Unparteiischen. Auch hier war keine Einigung zu erzielen. Der gefällte Schiedspruch sah eine Erhöhung von 20 Prozent auf alle Afford- und Zeitlöhne vor. Dieser wurde von den Arbeitgebern abgelehnt und Berufung beim Haupttarifamt für die deutschen Pflasterstein- und Schotterwerke in Berlin eingelegt. Zu dieser Berufung wurde eine schriftliche Begründung des Arbeitgeberverbandes gegeben, der wir folgende Sätze entnehmen: „Wir können nicht umhin, hier auszuführen, daß die Tarifamtsverhandlungen von vornherein den Eindruck erweckten, daß der Vorstehende befangen war. Was soll man dazu weiter sagen, als nur, daß derjenige, der sich nicht dem Willen der Arbeitgeber unterordnet, befangen erklärt wird. Auch wird in dem Schreiben unterhaupt, daß die Lebenshaltungskosten im allgemeinen seit Beginn d. J., wo für die Ballastlagerindustrie die Löhne geregelt worden sind, keine bedeutende Steigerung erfahren haben und daß mithin eine Lohnerhöhung jeder tatsächlichen Grundlage entbehre! Darauf näher eingehen, erübrigt sich und es wird den Herren der Rat erteilt, sich einmal in einem Steinarbeiterhaushalt umzusehen und dort ihre Studien zu machen. Dann geht es in Grazie weiter: „Offenbar verfolgen die Gewerkschaften hiermit den Zweck, ihre Erfindung nachzuweisen.“ Hier ist sicherlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Aber besser kann niemand seine Voreingenommenheit gegen die Gewerkschaften kundtun. Doch die Herren irren sich, denn wir sind noch recht stark, haben einen guten Stamm von Mitgliedern, trotz der schlimmen Zeit nichts von dem eingebüßt und es ist möglich, daß sie vielleicht Gelegenheit bekommen, hiervon die Probe zu

machen. Dann heißt es in dem Schreiben weiter: „Die Lebenshaltungskosten sind im hiesigen Bezirk derart, daß sie der Arbeiterschaft ihr Dasein ermöglichen.“ Glaube man denn wirklich, beim Haupttarifamt mit derartigen Argumenten Eindruck zu erwecken? Alle ihre Bemühungen konnten das Haupttarifamt nicht davon überzeugen, daß ein Spitzenlohn von 38 Pfg. dem ungelerten Arbeiter über 22 Jahre sein Dasein ermöglichen. Im Gegenteil war das Haupttarifamt der Meinung, daß mit diesem Lohn das Existenzminimum weit nach unten überschritten sei und fällte einstimmig einen Schiedspruch, wonach alle Afford- und Zeitlöhne ab 1. Oktober um 12½ Prozent zu erhöhen sind. Aber auch diesen Schiedspruch haben die Arbeitgeber, trotzdem er eine Reduzierung von 7½ Prozent der Lohnerhöhung des Schiedspruches des Tarifamts vom 24. September vorsteht, abgelehnt. Ein Beweis, daß es mit dem vielgepriesenen sozialen Verständnis der Arbeitgeber nicht weit her ist. Der schändliche Schlichter für den Bezirk Rheinland hat sich nunmehr mit der Angelegenheit zu befassen.

Zwischenzeitlich ließ der Arbeitgeberverband sich auch in den Magener Tageszeitungen mit einem Artikel „Die zukünftige Lohnpolitik“ sehen. In diesem Artikel wird die Arbeiterschaft aufgefordert, mit den Unternehmern zur Verminderung verschiedener die Produktion belastender Faktoren gemeinsame Sache zu machen und nebenbei vertritt man den Grundgedanken, daß nur durch diesen gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften und Unternehmer gegen die vielen unproduktiven Belastungen der Wirtschaft, das Lebenshaltungsniveau der Arbeiterschaft gesteigert werden könne. Genannt wird Steuerbelastung, Frachten und insbesondere der Abbau der „kostenspieligen“ Verwaltung der Sozialversicherung“. Die Unternehmer suchen also in diesem „Abbau“ das Mittel des Ausgleichs zwischen Produktion und Kaufkraft, Lohnniveau und Preisen. Man hat also anscheinend seitens der Arbeitgeber noch nicht erkannt, auf welchen wirtschaftspolitischen Erwägungen die Lohnpolitik der Gewerkschaften fußt und daß eine gute Bezahlung der Arbeiterschaft das Wirtschaftslieben fördert. Ja, Volkswirtschaft und Unternehmerinteresse stehen gegeneinander wie Feuer und Wasser. Wir ersuchen den Artikelschreiber recht höflich, sagen Sie doch bitte den Arbeitgebern der Magener Steinindustrie, daß auch für sie die Zeit gekommen ist, Lasten zu tragen. Doch bei den unhaltbaren Kalkulationsmethoden (oder denkt man schon nicht mehr an die Vergebung der Kölner Hafnarbeit?) und dem Mangel an Einsicht in die Wechselbeziehung der Kaufkraft zu der Produktion ist es wirklich nicht verwunderlich, daß die Grubenbesitzer von Magdeburg und Umgebung immer mehr dazu neigen, das Wirtschaftsproblem als ein Lohnabbaugehök zu betrachten.

Die sich recht lebhaft gestaltende Diskussion gab ein genaues Bild der Erbitterung der Magener Steinarbeiterschaft gegen das unlogische Verhalten der Arbeitgeber. Es kam die Meinung zum Ausdruck, daß der Artikelschreiber, wer er auch immer sein möge, nicht den Dr. auf Volkswirtschaft habe.

Die Lohnpolitik der Arbeitgeber der Magener Steinindustrie hat ja schon ihre Früchte gezeitigt. Der Nachwuchs an Facharbeitern bleibt ja schon jahrelang aus und dabei sollte der gute Rat beachtet werden, daß, wenn die Arbeitgeber ihre Lohnpolitik nicht ändern, jeder, dem sich die Möglichkeit bietet, sich anderswo ansäßig zu machen, dies tue.

### Steinarbeiter von Magdeburg und Umgebung!

Lernt aus dem Verhalten eurer Arbeitgeber.

Bezirkskonferenz des Tarifbezirks Köslin am 2. November in Belgard. Leider waren nur die Zahlstellen Answalde, Kolberg, Belgard und Stettin vertreten. Während die übrigen Zahlstellen, Lauenburg, Neustettin und Schlawe fehlten, die Delegierten von Stolp und Köslin kamen infolge der schlechten Bahnverbindung erst nach Schluß der Konferenz an. Gauleiter Kollege Schenke war durch eine wichtige Verhandlung in Königsberg verhindert. — Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der erfolgten Kündigung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber. 2. Verabschiedenes. Kollege Watterstahl eröffnete die Verhandlung und legte des näheren dar, daß seit Jahren der Bezirk Köslin mit den Arbeitgebern ein Abkommen getroffen, nach dem sich die Löhne der einzelnen Zahlstellen stets nach den Lohnvereinbarungen Stettins regeln; jedenfalls hätten die Arbeitgeber die Absicht, dieses Abkommen in Zukunft nicht mehr weiter bestehen zu lassen. In der Diskussion, an der sich die Kollegen Hübnert, Wiental, Schulz, Diese, Schmitt und andere Kollegen beteiligten, kam zum Ausdruck, daß die Arbeitgeber sicher eine Verschlechterung der Löhne beabsichtigen, und es sei höchste Pflicht, bei den kommenden Tarifverhandlungen streng dafür einzutreten, daß das bisherige Lohnabkommen wieder weiter bestehen und die Rechte der Kollegen gewahrt bleiben. Im zweiten Punkt wurde vom Kollegen Mau die Schaffung eines Bezirksfonds angeregt, um auf diese Weise in der Lage zu sein, die Unkosten der Tarifverhandlungen auf die einzelnen Zahlstellen gleichmäßig zu verteilen und auch die Agitation und etwa notwendige Konferenzen leichter betreiben zu können. Die Kollegen äußerten sich im gleichen Sinne, denn der schlechte Besuch der heutigen Konferenz lasse darauf schließen, daß den weit abgelegenen Zahlstellen die Kosten zu hoch gewesen seien, um sie aus der Lokalfasse bestreiten zu können. Die Kollegen einigten sich, zunächst die Tarifverhandlungen des Kösliner Bezirks abzuwarten und dann auf schriftlichem Wege die Höhe des Bezirksfonds festzusetzen. Kollege Wiental fragt an, ob die Urlaubsgünstigung noch in der alten Form weiterbestehe? Koll. Mau beantwortet diese Frage in längeren Ausführungen, daß diese Vergünstigung nach wie vor weiterbestehe. Kollege Franz erlucht die anwesenden Kollegen, soweit in ihrem Wirkungskreis noch unorganisierte Steinmehlen vorhanden seien, diese dem Verbande zuzuführen und für die Rechte dieser Kollegen dann auch einzutreten, damit der Willkür der Entlohnung in der Grabsteinbranche Hinterpommerns ein Ende gemacht werde. Die Kollegen stimmten diesem zu. Nachdem noch einige weniger bedeutende Fragen besprochen, war Schluß der Konferenz.

Karlsruhe. Die Steinmehlen der Steinbildhauer- und Grabmalgeschäfte von Karlsruhe und Baden-Baden hatten an die Unternehmer die Forderung gestellt, daß auch ihnen, wie dies kurz vorher für die Steinmehlen in den Baugeschäften geschehen war, eine Lohnzulage gewährt werden sollte. Verhandlungen, die zu diesem Zweck mit dem Obmann der hiesigen Grabmalfirmen und den Kollegenvertreter geführt wurden, verliefen resultatlos, da der Obmann der Unternehmer, Herr S. Kromer jr., der sonst von sich reden macht, wie sehr er die soziale Lage der Arbeiter zu würdigen verstehe, unter gar keinen Umständen für eine Lohnzulage zu haben war. Für die Arbeiter blieb nichts anderes übrig, als zunächst den Schlichtungsausschuß anzurufen. Der Schlichtungsausschuß fällt einen Schiedspruch, nach dem den Steinmehlen in den Grabmalgeschäften ein Stundenlohn von 88 Pfg. bezahlt werden sollte. Da der Stundenlohn für die Steinmehlen in Karlsruhe in den Baugeschäften gemäß Schiedspruch des Landesrichters Herrn Regierungsrat Dr. Häußner 85 Pfg. beträgt, so war mit dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Karlsruhe der Stundenlohn für die Steinmehlen in den Grabmalgeschäften ohnedies schon 2 Pfg. geringer. Man hätte annehmen dürfen, sofern bei den Unternehmern der Grabmalgeschäfte wirklich etwas von dem von ihm behaupteten sozialen Verständnis vorhanden gewesen wäre, daß auch diese sich bereit erklären würden, wenigstens diesen Lohn von 88 Pfg. pro Stunde zu bezahlen und den Schiedspruch anzuerkennen. Aber weit gefehlt, denn Herr Kromer jr. setzte alles in Bewegung, um die andern Unternehmer zu bestimmen, den Schiedspruch abzulehnen, was sie auch taten, so daß sich die Arbeiterschaft gezwungen sah, die Verbindlichkeitsklärung bei dem badischen Landesrichter Herrn Dr. Jolly zu beantragen. In der vom Schlichter angelegten Verhandlung erklärte nun der Herr Kromer als Obmann der Unternehmer, von neuem, daß diese sich auch einer event. Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs nicht beugen würden und nach wie vor unter allen Umständen eine Lohnzulage ablehnen würden, da es ihnen absolut unmöglich sei, eine Lohnzulage auf sich nehmen zu können. Demgegenüber wurde von dem Vertreter der Arbeiter darauf hingewiesen, daß diese Lohnzulage, bei 1 oder 2 Arbeiter, die in der Regel in diesen Ge-



schaffen tätig sind, im ganzen pro Woche für den Unternehmer 3.80 bzw. 7.60 Mk. mehr Lohn erfordert, wodurch sich der Verkaufspreis für Grabmonumente und aller sonstigen Arbeiten, wenn überhaupt, dann aber so mäßig zu steigern brauchten, daß dadurch keine Gefahr entstände, dieselben weniger Aufträge zu erhalten. Hinzu kommt, daß ja dieser selbe Lohn für die Steinmetzen in den Grabmalgeschäften in allen andern gleichartigen Städten, wie Freiburg und Baden-Baden, und sogar von einigen Grabmalgeschäften von Karlsruhe anstandslos bezahlt würde. Trotz all dieser Hinweise hatte jedoch auch in diesem Fall wieder der Herr Landesrichter Dr. Jolly seine Ansicht mit den Unternehmern und lehnte die Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedspruchs ab. Die Begründung für die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung ist so sehr kennzeichnend für die Auffassung des gewesenen Herrn Landesrichters Dr. Jolly, daß wir es für angeeignet halten, sie den andern Kollegen bekanntzugeben: „Der Antrag der Arbeitnehmer auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses, Karlsruhe vom 23. 9. 24 wird abgelehnt, weil der Inhalt des Schiedspruchs zwar im Hinblick auf die Interessen der Arbeiter billig erscheint, weil aber zweifelhaft ist, ob die ausgeprochene Lohnerhöhung für die Arbeitgeber tragbar ist, und weil jedenfalls keine zwingenden Gründe vorgebracht sind, die die Durchführung des Schiedspruchs im Wege der Verbindlichkeitserklärung, d. h. im Wege des Zwanges erforderlich erscheinen lassen.“ Eine solche Begründung für die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung läßt jedenfalls mit aller Deutlichkeit erkennen, daß das seitens der Karlsruher Arbeiterchaft gegen den Herrn Landesrichter Dr. Jolly gefegte Mißtrauen nur allzu sehr begründet war. Die Unternehmer brauchen nur zu erklären, daß eine Lohnzulage für sie nicht tragbar ist, und schon ist man seitens des Richters bereit, die Arbeiter mit einer Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs abzuweisen. Hat man im übrigen schon einmal von einem Unternehmer vernommen, daß er eine Lohnerhöhung als tragbar für sich anerkannt hätte?, wohl noch nie! Die Unternehmer der Grabmalgeschäfte dürfen also befriedigt sein und insbesondere der Obmann Herr H. Kromer. Der Landesrichter Herr Dr. Jolly hat Einsicht mit ihnen gehabt und sie von der Last der Lohnzulage entbunden, die Arbeiter mögen sehen, wo sie bleiben! Der Obmann der Unternehmer, H. Kromer jr., der so gern von sich behauptet, sehr viel Wert darauf zu legen, mit seinen Arbeitern in gutem Einvernehmen leben zu wollen, scheint die Arbeiter für sehr naiv zu halten, wenn er glaubt, daß es einen einzigen hiesigen Steinbauer gibt, der solche Sprüche noch ernst nimmt.

Wie es mit der geminteten Arbeiterfreundlichkeit aussieht, erhellt jedenfalls auch vor allem daraus, daß er, um die Lohnzulage unter allen Umständen unmöglich zu machen, sich sogar nicht scheut hat, die Unternehmer der Baugeschäfte unter Androhung von Bogenmaßnahmen zu zwingen, daß auch diese den durch Spruch der Schlichterkammer unter der Leitung des stellvertretenden Landesrichters Dr. Heußner für die Steinmetzen der Baugeschäfte festgesetzten Stundenlohn von 85 Pfg. nicht mehr bezahlen sollten. Dabei hat Kromer bei der Verhandlung vor dem Landesrichter Dr. Jolly selber erklärt, daß die Baugeschäfte den Lohn von 85 Pfg. gut bezahlen könnten, weil sie unter ganz andern und günstigeren Verhältnissen arbeiten könnten, als wie dies bei den Grabmalgeschäften möglich sei. Wie verhält es sich denn aber damit, daß derselbe Herr vor dieser Verhandlung bei den Unternehmern der Baufirmen herumläuft und diese ebenfalls noch scharf zu machen vermag. Dem Herrn Kromer jr. und allen andern Unternehmern der Grabmalbetriebe, soweit sie in das gleiche Horn blasen, sei aber mitgeteilt, daß sich die Steinbauer der Grabmalgeschäfte zu gegebener Zeit für das von ihm und andern Unternehmern bewiesene soziale Verständnis „dankebar“ zeigen werden.

### Rundschau.

**Der falsche Reichsindex.** Der seit Februar 1920 vom Statistischen Reichsamt herausgegebene und jetzt wöchentlich bekanntgegebene Reichsindex sollte bekanntlich ein zuverlässiger Gradmesser für die Steigerung der Lebenshaltungskosten sein und daher für alle Lohnverhandlungen und Lohnbewegungen eine Richtschnur geben. Aber schon in der ersten Zeit seines Erscheinens waren seine Mängel recht stark zutage getreten. Was aber damals bei der Zwangswirtschaft und Rationierung der Lebensmittel noch einigermaßen verständlich und entschuldbar war, zeigt sich auch jetzt in unverbinderter Maße. Dies trat besonders in den letzten Monaten stark zutage, wo die Lebensmittelpreise unaufhörlich anstiegen, wogegen der Reichsindex die ganze Zeit fast gleich blieb. So stieg er vom 9. Juli bis zum 8. Oktober von 1,19 nur auf 1,21 = 1,7 Prozent und pendelte in den dazwischen liegenden Wochen mindestens zwischen 1,14 und 1,16. Dagegen waren die für den Lebensunterhalt wichtigsten Gruppen nach dem amtlichen Großhandelsindex vom 8. Juli bis zum 7. Oktober gestiegen:

Getreide und Kartoffeln	von 82,2 auf 124,6 = 51 Prozent
Fette, Zucker, Fisch und Fleisch	„ 114,2 „ 148,5 = 30 „
Lebensmittel	„ 96,5 „ 133,0 = 38 „

Also die wichtigsten Lebensmittel waren nach den amtlichen Großhandelsindex um 30 bis über 50 Prozent gestiegen, aber der wöchentliche Lebenshaltungsindex weist nur eine Steigerung von 1,7 Prozent in der genannten Zeit auf. Dabei ist doch allgemein bekannt und jede Hausfrau kann es bestätigen, daß die Großhandelspreise sich recht bald in den Kleinhandelspreisen auswirken. Diese Erscheinung ist so stark, daß allseitig die Unhaltbarkeit des Reichsindex offenbar geworden ist und er von niemand mehr ernst genommen wird. Deshalb haben wir auch den Abdruck unterlassen.

Die Gewerkschaften haben daher in der letzten Zeit eingehend dazu Stellung genommen und nachdrücklich auf eine Nachprüfung der Grundlage hingewirkt. Das Reichsamt hat auch bereits eine Sitzung der Indexkommission angedeutet und ist zu hoffen, daß endlich diesem Zahlenunfug gesteuert wird.

Die weitestgehenden Fehlerquellen liegen in der Ernährungsquote, in die unter allen Umständen mehr höchstwertige Nahrungsmittel hineingegenommen werden müssen. Dann muß aber auch dem Unfug mit dem angeblich niedrigen Mietssätzen dabei ein Ende gemacht werden. Denn die große Masse des Volkes zahlt nicht bloß 60 bis 70 Prozent der Friedensmiete, wie es in dem Reichsindex zum Ausdruck kommt, sondern meistens einen Satz, welcher der Friedensmiete gleich kommt, oft jedoch noch weit darüber hinaus, und zwar deshalb, weil sie die nicht unerheblichen Aufwendungen für Reparaturen selbst tragen müssen, wenn sie nicht in menschenwürdigen Räumen hausen wollen. Dann muß aber weiter noch verlangt werden, daß die Steuern, soziale Lasten, Ausgaben für Fahrgehalt und sonstige diverse Kleinigkeiten in dem Reichsindex berücksichtigt werden.

Wir müssen unter allen Umständen verlangen, daß die Reichsindexziffer die Preisverhältnisse so widerspiegelt, wie sie in Wirklichkeit sind. Bei den jetzigen Zuständen läuft man Gefahr, daß mit dem Reichsindex ein Lohnbetrug am ganzen Volke verübt wird und darüber hinaus sogar im Auslande ein ganz falsches Bild von den Lebensverhältnissen der deutschen Arbeitererschaft erweckt wird, das uns eines Tages mal recht verhängnisvoll werden kann. Man braucht nur an das Dames-Gutachten zu erinnern, das den deutschen Arbeitern einen Lebensstandard sichert, der nicht unter dem der Arbeiterschaft anderer Länder steht.

**Der Steuerabzug vom Arbeitslohn und Gehalt** erfährt vom 1. Dezember an eine kleine Änderung. Steuerabzugsfrei bleiben bei monatlicher Zahlung jetzt 60 Mk. (bisher 50 Mk.); bei wöchentlichem Zahlung 15 Mk. (bisher 12 Mk.) Ferner braucht der Steuerabzug nicht einbehalten werden, wenn er monatlich 0,80 Mk. oder wöchentlich 0,20 Mk. nicht übersteigt. — Bei Heimarbeitern, denen der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit gezahlt wird, ist für alle vom De-

zember 1924 an erfolgenden Lohnzahlungen ein Betrag von 2 Prozent Steuerabzug abzuführen.

Die Umsatzsteuer ist mit Wirkung vom 1. Januar 1925 auf 1 1/2 Prozent (bisher 2 1/2 Prozent) ermäßigt. Auch der Satz der erhöhten Umsatzsteuer (Luxussteuer) wurde von 15 auf 10 Prozent ermäßigt. Die Reichssteuererhebungsgesetze in Höhe von 10 Prozent wird nur noch erhoben, wenn die Vermietung von gewerblich betriebenen. — Die sonstigen Ermäßigungen laut Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1924 haben für unsere Leser persönlich weniger Bedeutung, denn es betrifft die Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen.

**Gewerkschaftliches.** Der Bundesvorstand des DGB hat mit folgendem Schreiben beim Reichsarbeitsministerium die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen beantragt und zugleich die Regierungen der Bundesstaaten um Unterstützung des angeführten der Notlage der Arbeitslosen notwendigen Antrages ersucht:

„Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gestattet sich, dem Herrn Reichsarbeitsminister die dringende Bitte zu unterbreiten, die Unterstützungssätze für Erwerbslose entsprechend der durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten im allgemeinen und der durch den herannahenden Winter im besonderen steigenden Not der Erwerbslosen mit größter Beschleunigung angemessen zu erhöhen.“

Die zuletzt mit Wirkung vom 11. August d. J. eingetretene Erhöhung der Unterstützungssätze ist bereits von den Gewerkschaften als unzureichend bezeichnet worden. Die damaligen Verhandlungen ließen erkennen, daß auch die Regierung nur darum bei der unzulänglichen Erhöhung stehenblieb, weil sie sich bewußt war, daß mit eintretendem Winter, der die Lebenshaltungskosten der Erwerbslosen durch Beschaffung von Feuerung und Beleuchtung und Versorgung mit Bekleidung ungemein steigert, eine Unterstützungserhöhung erfolgen müsse.

Zu den infolge des Winters erhöhten Ausgaben tritt nunmehr auch noch das allgemeine Steigen der Warenpreise und der Woh-

**Wichtig, Zahlstellenvorstände!** Vom 1. Januar 1925 ab erfolgt die Zustellung des „Steinarbeiter“ wieder direkt von der Verbands-Verbandsstelle.

Das Post-Abonnement braucht deshalb im Dezember nicht erneuert zu werden!

Die Zahlstellenvorstände müssen nun bis Ende November die örtliche Empfangsadresse und die Zahl der benötigten Zeitungen an die Verbandsstelle oder Schriftleitung des „Steinarbeiter“ einsenden, damit die Vorarbeiten zur Umstellung ohne Ueberlastung erledigt werden können.

Bei den Adressen der Zeitungsempfänger muß unter allen Umständen auf stabile Adressen Rücksicht genommen werden, denn sie werden auf mindestens ein Vierteljahr im voraus angefertigt, deshalb ist jede Aenderung innerhalb eines Vierteljahres möglichst zu vermeiden.

Wo in einem Zahlstellenbereich infolge der Ausdehnung auf mehrere Orte Teilsendungen nötig sind, werden diese selbstverständlich berücksichtigt.

Die Verbands- und Postkosten dagegen müssen die Zahlstellen selbst tragen; Rechnung darüber erhalten sie an jedem Vierteljahrs-schluß. Diese Kosten sind im einzelnen und im Vergleich zu den jetzigen hohen Postgebühren für die einzelne Zahlstelle gering, doch in der Gesamtheit ist es eine Summe, auf die in der Hauptkassa nicht verzichtet werden kann. Wir glauben auch, daß die Zahlstellen diese Kosten gewiß gern tragen im Hinblick auf die nunmehrige Lieferung, wodurch jedem Mitgliede ab 1. Januar die Verbandszeitung wieder auschändig wird.

Also streng beachten: Mögliche Daueradressen, Meldung dieser Adressen bis Ende November; keine Erneuerung der Postbestellung im Dezember; Adressen deutlich schreiben, Ort, Straße, Hausnummer, und vor allem auch die genaue Postangabe für den Bestimmungsart nicht übersehen; sparsam in der Bestellung der Exemplare.

nungsmieten, so daß die an sich geringen Sätze heute einfach unentrichtlich sind.

Nachdem die Beitragserhebung die Bezuschussung der Fürsorge aus Reichs- und Landesmitteln fast restlos überflüssig machte, würde auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze die Staats- und Landesfinanzen nicht belasten. Es ist auch eine stärkere Beitragsbelastung der Wirtschaft nicht zu erwarten. Die Zahl der Unterstützten ist rückläufig. Wenn auch der demnächstige Rückstrom aus der Landwirtschaft und das Abflauen der Bauaktivität infolge des Winters den Rückgang zunächst etwas aufhalten werden, so ist doch mit der allgemeinen Besserung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Zudem würde selbst bei einer Erhöhung der Unterstützungssätze die Beitragslast vermindert werden können, wenn nur durch einen allgemeinen Gefahrenausgleich die Last gerechter auf alle Zweige und Bezirke der Wirtschaft verteilt würde.

Der unterzeichnete Vorstand hofft daher, daß das Arbeitsministerium angesichts der Notlage der Erwerbslosen mit tunlichster Beschleunigung die Erhöhung der Unterstützung durchführt.

**Striegau.** In Pressemeldungen bürgerlicher Blätter lesen wir folgende Schauermerkmale:

„Im Anschluß an die Zusammenstöße, zu denen es am 26. Oktober in Striegau zwischen dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Stahlhelmlenten kam, hat der Regierungspräsident Dr. Jäncke aus Breslau einen Regierungsrat als Kommissar zur Leitung der Untersuchung nach Striegau geschickt. Der Regierungsrat wurde unterstützt von Kriminalbeamten der Breslauer politischen Polizei. Nachdem rund 8 Tage lang umfangreiche Zeugenvernehmungen und Gegenüberstellungen am Ort des Zusammenstoßes stattgefunden haben, haben die Breslauer Beamten zwei Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, den sozialistischen Stadtrat Müller und den Hauptlehrer Geburt festgenommen. Die Verhafteten geben im allgemeinen zu, Zeugen der blutigen Zusammenstöße gewesen zu sein, wollen sich aber bei den Differenzen völlig passiv verhalten haben. Die beiden Verhafteten sind in das Untersuchungsgefängnis zu Schweidnitz übergeführt worden. Die Staatsanwaltschaft hat augenblicklich neue Zeugenvernehmungen eingeleitet.“

Das ist die Aufmachung, die für gewöhnlich bei wirklichen Republikanern in Frage kommt. Der Kollege Müller, um den es sich hier handelt, wird auch diese Mißbilligkeit überstehen. Die Striegauer Steinarbeiter haben schon manchen Strauß überstanden und immer den Kopf oben behalten. Wir sind überzeugt, daß sie es auch diesmal tun, auch dann, wenn man ihren Führer eingelockt hat.

Die Stahlhelmlente mit ihrer Tendenz sind nun einmal Schädlinge gegen die deutsche republikanische Verfassung und sie sind es auch im Wirtschaftsleben; man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn die Bewegung gegen den Stahlhelmbund und seine Mitglieder hier oder dort örtlich überschäumt. Wir haben nur den Wunsch, daß sich alle Einwohner in der deutschen Republik gegen die Stahlhelmbewegungen so energisch wehren, wie die Steinarbeiter in Striegau. Im übrigen ist die Anklage gegen die Verhafteten, nach neueren Pressemeldungen, auf ein Nichts zusammengekrumpft, dafür ist aber der Polizei-Verantwortliche in Striegau und sein Sekretär zur Disposition gestellt worden, und wenn diese Zeilen gedruckt sind, werden die Verhafteten sicher wieder frei sein. Die Mitteilung für diesen Vorgang und dessen Ursachen werden die Striegauer Einwohner sicherlich noch am 7. Dezember veran-

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 18. November 1925 noch keine Abrechnung vom 3. Quartal eingekandt:

- Gau 1. NO. Brandenburg, Lauenburg, Marienwerder, Pommern, Eberswalde.
- Gau 1. NW. Delmenhorst, Demmin, Fürstentum, Jever, Oldenburg (Freistaat), Oldenburg (Holstein), Uelzen, Wörden, Jbbernsbüren.
- Gau 2. Frankenstein, Glogau, Jauer, Königswalde, Mauer, Neumarkt i. Schle.
- Gau 3. Bauen, Reichenbach i. B.
- Gau 4. Alvensleben, Arnstadt, Kassel, Kollada, Derenburg, Einbeck, Echershausen, Flechtingen, Gleichamberg, Göttingen, Gröningen, Gudensberg, Hedersleben, Hohenberg, Kahla, Landsberg b. H., Mosheim, Osterburg, Reifenhagen, Rößla, Rudolstadt, Sglauden, Schleiz, Schöningen, Volkmarien, Wernswig, Wittenberg, Wolfenbüttel.
- Gau 5. Altendorf, Bonn, Krefeld, Dreize, Cäenhagen, Kasbach, Lemgo, Litz, Niederbreisig, Ramsdorf, Rheindt, Einspelt, Anna, Wehrath, Hilden.
- Gau 6. Asbach, Bretten, Deidesheim, Dossenheim, Eberbach, Haslach, Landau, Odenheim, Pforzheim, Wallbörn.
- Gau 7. Eberhardtsreuth, Kronach, Röhrenbach.
- Gau 8. Frechenbach, Hardheim, Hasenhal, Rembach, Nürnberg, Speichsbrunn, Windsheim, Weichenburg, Pothenburg o. L.
- Gau 9. Altendiez, Anspach, Aylar, Beilstein, Buchenau, Driedorf, Dübelsheim, Eibergesäß, Hönheim, Hintermühlen, Hölzenhausen, Klein-Gladbach, Langenbach, Lendorf, Odersbach, Quedborn, Rachelshausen, Saasen, Schadeck, Sprendlingen, Willmar, Weitefeld, Zinbain, Rirn.

Auf Antrag der Zahlstelle Weimar wurde der Steinseker Walter Ollenhauer wegen Streikbruch aus dem Verbands ausgeschlossen.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Schreiberhan i. Riesengeb.** Der Steinmetz Emil Heinrich, geb. 21. 10. 84 zu Wiltzen, reife von hier ab, ohne sein Verbandsbuch und anderes in Ordnung zu bringen. Das Buch lagert hier. Beim Auftauchen muß der Kollege an seine Pflichten in Schreiberhan ernstlich erinnert werden.

W. R. Müde, Worf, Siebenhäuser Nr. 588.

**Ludwigshafen a. Rh.** Zureisende Kollegen haben sich beim Vorsitzenden Jakob Müller, Frießenheimer Straße 32, zu melden. Unstre Zahlstelle und Umgebung ist für Arbeitslose gesperrt.

**Biedlach.** Von einigen Zahlstellen im Gau sind noch Unterstützungen eingegangen: Marktleuthen 20 Mk., Meiten 7 Mk., Rufmannsfelden 15 Mk. Den Gebern herzlichen Dank.

Gg. Meier, Kaffierer.

**Braunlage (Harz).** Dem Kollegen Wilhelm Kuche von Jisseburg darf kein neue Verbandslegitimation ausgestellt werden, weil er sein Verbandsbuch hier in Unordnung zurückgelassen hat.

### Adressenänderungen.

- 1. Gau (N.-D.): Danzig, Vorf.: Artur Niehste, Danzig-Ohra, Bergstraße 4.
- 2. Gau u. Froburg, Vorf.: Georg Berger, Bebelstraße 178c.
- 3. Gau: Burg, Kass.: Otto Meinz, Schulstraße. — Weiskensels, Vorf. u. Kass.: Gust. Schühe, Neumarkt Nr. 4, pt.
- 4. Gau: Peterzell (Schwarzwalde), Vorf.: Otto Kastenberger, Schotterwerk Billingen, Post Peterzell-Königsfeld (Baden), Kass.: Max Rahinger, Schotterwerk Billingen, Post Peterzell-Königsfeld (Baden). — Kaiserslautern, Vorf.: Wilhelm Probst, Winterstraße 8.
- 5. Gau: Waldkirch, Vorf.: Joseph Gaisbauer, Kass.: Hans Schönbberger, — Haugenberg, Vorf. u. Kass.: Franz Haussteiner, Döblingerstraße 104.
- 6. Gau: Ruppach, Kass.: Karl Scheurer, Viebrich, Post Ruppachbogen (Unterlahnfkreis).

### Briefkasten.

**Kiel.** Dem Glückwunsch schließt die Redaktion sich voll an, sie möchte aber trotzdem von der alten Gepflogenheit, solche Inserate abzulehnen, nicht abgehen.

**K. Fr.** Die Zuschrift wurde geführt und in der Hauptsache entfernt, was uns mit dem Strafgesetz in Konflikt bringt. Zumal das letztere mit dem geschilderten Vorgang in keinem Zusammenhang steht.

### Neue Bücher, Zeitschriften.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. Dieck Nachfolger, Berlin SW 68. — Das zweite Novemberheft liegt vor, besonders reichhaltig ausgestattet. Bezugspreis monatlich 1,20 Mk. Die Schrift kann durch alle Postanstalten und Buchhandlungen bezogen werden.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift, erscheint vierzehntäglich an jedem zweiten Sonnabend. Ausgabe A (ohne Schnittmusterbogen) 30 Pfg., Ausgabe B (mit Schnittmusterbogen) 40 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Verlag J. H. Dieck Nachfolger, Berlin SW 68.

„Gewerkschafts-Archiv“ Heft 7 (November), liegt vor. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgeber Karl Zwing. Preis des Heftes 1 Mk. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und der Verlag Jena-Bamsdorfer Straße 10, entgegen.

### Anzeigen

**Tüchtige Marmor-Schleifer** stellt sofort ein  
Marmorwerk Fr. Schulze  
Inh.: A. & C. Brassard  
Halle a. S.

**Bücher** die in keiner Bibliothek fehlen dürfen, für Betriebsräte u. Gewerkschaftsfunktionäre empfehlenswert  
Verlag des DGB, Berlin S. 14  
Zustellstraße 6.

### Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur oasenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingekandt werden.

In **Bunzlau** am 4. November der Brecher Albert **Weniger**, 50 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Leba** am 1. November der Steinseker Peter **Döke**, 79 Jahre alt, Altersschwäche.

In **Ströbel** am 29. Oktober der Pfastersteinmacher Robert **Meißner**, 63 Jahre alt, Rheumatismus.

In **Grimma** am 8. November der Werkzeugschmied Otto **Möhlte**, 42 Jahre alt, Unfall im Beruf.

Chreihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig  
Druck. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.